

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig,
Roden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl. Redakteur:
Gebr. Knobloch, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtlohn monatlich 2,00 M. Durch
die Post bezogen vierteljährlich 6,00 M., unter Abrechnung für Deutschland
und Österreich-Ungarn 8,00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Verlagszeitung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die Tagesblätter Nonpareilzeitung 90 Pf., Familienanzeigen
70 Pf., die Spezialzeitung Reichsanzeiger 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Interesse sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpfändung zur Kasse an vor-
geschriebenen Tagen kann nicht angenommen werden. Für Briefübertragung 20 Pf.

Nr. 227

Dresden, Mittwoch den 1. Oktober 1919

30. Jahrg.

An die Parteigenossen Sachsens!

In Ausführung des Beschlusses der sächs. Landeskonferenz ist die Parteileitung durch ihre Beauftragten erneut an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei herangetreten, um die Bildung einer einheitlichen sozialistischen Regierung nach parlamentarisch-demokratischen Grundsätzen herbeizuführen. Die U. S. P. hat, wie schon bei früheren Einigungsversuchen, auch diesmal wieder die dargebotene Friedenshand ausgeschlagen. Sie will an dem Aufbau unseres Freistaates nicht positiv mitarbeiten, denn sie ist die Partei des Abbruchs, die keinerlei Verantwortung an der Führung der Regierungsgeschäfte mittragen will. Der Boden für ihre Taktik des unbefehenen Kritizierens und Herunternehmens wäre ihr bei einer solchen Mitarbeit entzogen.

Ueber die von der U. S. P. für den Eintritt in die Regierung gestellten Bedingungen wäre bei gutem Willen auf jener Seite, die proletarische Einheitsfront herzustellen, eine Verständigung zu erzielen gewesen, denn Verhandeln schließt in sich ein beiderseitiges Entgegenkommen und Nachgeben. Auf Seiten der Sozialdemokratischen Partei ist dieses in weitestem Maße befundet worden. Ueber die Befestigung des Belagerungszustandes, die Entlassung der Schutzhäftlinge, die Amnestie für politische Vergehen und die Niedererschlagung aller deswegen eingeleiteten Strafverfahren war bereits eine Verständigung erzielt. Der unabhängigen Forderung nach Entseinerung der Reichswehrtruppen hat unsere Partei gleichfalls insoweit zugestimmt, als es sich um Truppen handelt, die infolge des Belagerungszustandes herbeigezogen waren. Ebenso wurde über die Forderung nach beschleunigter, planmäßiger Vergesellschaftung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen und die Ueberführung der wichtigsten Produktionsmittel und Betriebe der Industrie, Land- und Forstwirtschaft, des Handels und Verkehrs in Staatsbesitz gleichfalls Verständnis erzielt, schließlich auch darüber, daß die Regierung im Sinne dieser Grundsätze auf die Reichsregierung einwirken solle.

Ueber die Funktionen der Arbeiterräte wurde Einmütigkeit festgestellt, wie die Betriebsräte zur Durchführung der Sozialisierung aufrecht erhalten werden müssen. Unsere Partei hat es jedoch abgelehnt, den Arbeiterräten das Recht zuzugestehen, die Beschlüsse der Parlamente aufzuheben. Eine Zustimmung zu dieser letzteren Forderung würde dem von der Klassenbewußten Arbeiterschaft während des 50 Jahre gemeinschaftlich geführten Kampfes in den Vordergrund gestellten Prinzip der Demokratie ins Gesicht geschlagen, die einseitige Klassenherrschaft sanktioniert haben. Die U. S. P. besteht trotz dem weitestgehenden Entgegenkommen unserer Partei auf dieser Forderung, ebenso auf dem Verlangen der paritätischen Besetzung der Regierung, obwohl sie nur 15 Plätze in der Volkskammer innehat, während unsere Partei über 42 Sitze verfügt. Von den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei wurde es als selbstverständlich betrachtet, daß nach den Neuwahlen die Zusammensetzung der Regierung entsprechend dem neuen Stärkenverhältnis erfolgen müsse.

Parteigenossen und -genossinnen! Für jeden, dem die Einigkeit der proletarischen Aktion am Herzen liegt, wäre auf Grund dieser Erklärungen unserer Partei ein Zusammenarbeiten möglich gewesen. Die zu den stattgefundenen Verhandlungen berufenen Führer der U. S. P. haben das jedoch unter allerhand konstruierten Vorwänden hintertrieben. Sie haben den angesprochenen Frieden höhrend ausgeschlagen, sie wollen den selbstmörderischen Bruderkampf zum Schaden des Proletariats weiterführen und leiten mit ihrem Starrsinn geradezu bewußt Wasser auf die Mühle der Reaktion. Auf die Träger einer solchen unverantwortlichen Zersplitterungspolitik der U. S. P. fällt alle Schuld, wenn die Macht, die das sächsische Volk bei den Volkskammerwahlen der Sozialdemokratie verliehen hat, nicht restlos im Interesse des Volksganzen ausgenutzt werden kann. Die sozialdemokratische Parteileitung in Gemeinschaft mit

der Volkskammerfraktion hat nunmehr einstimmig den Fraktionsvorstand ermächtigt, im Sinne des Beschlusses der Landesversammlung die Lösung der Regierungsfrage auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage herbeizuführen. Die Parteileitung wird in Gemeinschaft mit der Volkskammerfraktion im vollsten Bewußtsein der auf ihr lastenden Verantwortung alles einsetzen, um die beschleunigte Entwicklung unserer einheitlichen Staatswesens und den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens nach Kräften zu fördern.

An unsre Parteigenossen und -genossinnen im Lande richten wir die dringende Aufforderung, die Verhältnisse objektiv zu betrachten und zu beurteilen. Tragt Aufmerksamkeit in die Kreise unserer Klassengenossen darüber, wer in Sachsen die proletarische Einheit sabotiert. Zeigt den Arbeitern in den Fabriken und auf den Arbeitsplätzen, daß ihr stürmisches Verlangen nach einer machtvollen sozialistischen Regierung an dem Starrsinn der U. S. P. gescheitert ist. Dieses heisse Verlangen unserer Klassengenossen kann nur seinem Ziele näher geführt werden durch

Stärkung unsrer Kampforganisation, der Sozialdemokratischen Partei.

Genau wie heute lagen die Verhältnisse während des Bruderkampfes zwischen Lassalleanern und Eisenachern nach dem deutsch-französischen Kriege. Auf dem Kongreß in Koburg im Jahre 1874 führte unser verstorbener Genosse Auer nach den wiederholt gescheiterten Einigungsversuchen folgendes aus: Unser Versöhnungsdufel hat bis jetzt wenig geholfen. Das einzigste Mittel zur Einigung heißt: „Die Lassalleaner unsre Macht fühlen lassen und uns stärken.“

Parteigenossen und -genossinnen! Dieser Rat eures klugen Führers Auer ist auch heute wieder zeitgemäß; handelt in seinem Sinne:

Läßt die U. S. P. eure Macht dadurch fühlen, daß ihr eure Partei stärkt!

Der Arbeitsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Die Teschener Abstimmung

Der Oberste Rat der Allirten in Paris hat bekanntlich beschlossen, in einem Teile des von den Polen und Tschechen umstrittenen Teschener Gebietes eine Volksabstimmung vorzunehmen, durch welche die staatliche Zugehörigkeit des Gebietes endgültig entschieden werden soll. Bei dem nationalen Bewußtseinsverhältnis ist es wohl wahrscheinlich, daß das tschechische Element den Ausschlag geben dürfte. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei nahm in ihrer letzten Vorstandssitzung in Bezug auf die kommende Abstimmung Stellung und äußerte ihre Meinung in einer Entschließung, die u. a. belag: „Gegenüber dem in der tschechischen Öffentlichkeit wiederholt vorgebrachten Verlangen, die deutsche Sozialdemokratie im tschechoslowakischen Senate möge sich in der Frage der Abstimmung zugunsten des tschechischen Staates erklären, erklärt der Parteivorstand folgendes: Wenn die Tschechen die Stimmen der deutschen Arbeiter beanspruchen, dann mögen sie endlich sagen, wie sie die Deutschen in ihrem Staate behandeln wollen. Solange sie das nicht tun, kann der Parteivorstand keine Entscheidung fällen, weder für die Polen, noch für die Tschechen, denn beide Völker haben bisher den ernstlichen Willen zu einer gerechten Behandlung der von ihnen durch die Gewalt der Entente unterworfenen Völker fehlen lassen.“

Verständigungsversuche in der Berliner Metallindustrie

Trotz der durch den Berliner Oberbürgermeister Vermittlung eingeleiteten Vermittlungssaktion ist der Streik in der Berliner Metallindustrie noch nicht zum Stillstand gekommen. Die Fabrikführer und Geiger der Firma Dr. Paul Weger haben sich dem Streik angeschlossen, so daß das ganze Werk stillliegt. Die Zahl der Streikenden ist auf 31 800, die der Ausgesperrten auf 72 300 gestiegen, so daß jetzt 103 600 im Kampfe stehen. In den Eisenwerken soll sich jedoch die Zahl der Arbeiter, die sich schriftlich bei der Direktion als arbeitswillig gemeldet haben, bedeutend vermehrt haben. Von den Arbeitern, die zu ihrer Arbeit keinen Strom nötig haben — und das ist eine ganz erhebliche Anzahl, in einem einzigen Werke mehrere hundert —, haben sich viele den Eintritt in ihre Werkstätte gewaltsam erzwungen.

Es muß vorläufig abgewartet werden, ob die vom Oberbürgermeister eingeleiteten Besprechungen zu einem Erfolg führen werden. Die beiden Parteien haben in der Sitzung

im Rathaus die Streitfrage aufgerollt, doch dürfte eine bedeutsame Annäherung kaum erfolgt sein. Die Vertreter der Arbeitnehmer sprachen wiederum ihre Besorgnis aus, daß die Metallindustriellen einen Abbau der Löhne versuchen würden. Dieser Ansicht widersprachen die Arbeitgeber energig. Es wird versucht werden, den Reichsarbeitsminister zu einer Vermittlungssaktion zu veranlassen.

Die Fünfzehnerkommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes und das Metallkartell der Groß-Berliner Gewerkschaften appellieren, da die statistischen Unterstellungen zur Bestreitung der teuren Lebenshaltung der Streikenden und Ausgesperrten bei weitem nicht ausreichen, an die Opferwilligkeit der Berliner Arbeiterschaft. Durch die Gewerkschaften werden Streikmarken zu 5 und 10 Mark für einen Unterstützungsfond vertrieben.

Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe

Montag vormittag sollten zwischen den Angestelltenverbänden des Berliner Zeitungsgewerbes und dem Unternehmerverband Verhandlungen über den Tarifvertrag der Angestellten im Zeitungsgewerbe stattfinden. Die Unternehmer ließen von ihrer Forderung, daß auch die gelben Angestellten-